

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ - ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Montag, 11. August 2014 - Nr. 103 - 235. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch - Fr. 4.20 - € 3.60

## EQUITY

**FRAGMENTIERTER ETF-MAKET**  
Anleger müssen neben den Handelskosten auch die Gebühren beachten.  
Wirtschaft, Seite 19

**FRUST UM HYPOTHEKEN**  
Banken vergeben Kredite für Hausanmietungen zurückhaltend.  
Wirtschaft, Seite 21

## Phantasien einer «Grossschweiz»

Tröst für nationale Befindlichkeit

hof. - Voralberg, Südtirol, Saroyen, Lombard, Baden-Württemberg und sogar Santhvier. In all diesen Regionen regt sich - mehr oder weniger ernsthaft - das Bedürfnis, Teil der Schweiz zu werden oder sich der Eidgenossenschaft wenigstens anzuschließen. Das wirkt wie Balsam auf das etwas angeschlagene Schweizer Selbstbewusstsein. Ein den Eidgenossen eigenes Scandalsbewusstsein nährt die Phantasien einer «Grossschweiz». Der Export des schweizerischen Politisystems wird selbst von offizieller Seite gefördert. Wie die Geschichte zeigt, werden aber wohl die Schweizer selber einen Zuwachs an Kategorien zu verzeichnen müssen.  
Schweiz, Seite 7

## Patriotisches statt griechischer Oliven

Russland setzt Importverbot an

nz. - In Moskau müssen kaufbereite Kunden noch nicht auf ausländische Delikatessen verzichten. Doch wird sich das Importverbot, das sich gegen Nahrungsmittel aus der EU, aus den USA, Kanada, Australien und Kanada richtet, bald schon negativ bemerkbar machen. Von offizieller Seite werden Lobsposters auf der Antarktis und die Wiederkehr der russischen Landwirtschaft angemessen. Erste Missionen gibt es aber schon: Schaben haben der staatlich kontrollierte Energiekonzern Rosneft und der amerikanische Branchenröffe ExxonMobil gemeinsam Probebohrungen in der Arktis aufgegeben.  
Wirtschaft, Seite 15



Gleich bei ersten Wahlgang hat Recep Tayyip Erdogan die absolute Mehrheit mit 52 Prozent erreicht.

## Erdogan ist Präsident der Türkei

Vergleichsweise geringe Beteiligung an der ersten Wahl für das höchste Staatsamt

Der zwölfte Staatspräsident der Türkei heisst Recep Tayyip Erdogan. Sein Sieg fiel allerdings weniger glanzvoll aus, als er es selbst erhofft und es Umfragen vorhergesagt hatten.

Jana Kogg, Istanbul

Recep Tayyip Erdogan hat es geschafft. Gleich im ersten Wahlgang hat er am Sonntag die absolute Mehrheit erreicht und ist damit der zwölfte und der erste vom Volk gewählte Präsident der Türkei. Nach Ausschöpfung fast aller Stimmen lag Erdogan bei rund 52 Prozent. Sein Herausforderer Ekmeleddin İhsanoğlu räumte am Sonntagabend seine Niederlage ein. Obwohl der Wissenschaftler und ehemalige Chef der Organisation Islamischer Staaten von den beiden grössten Oppositionsparteien als Präsidentschaftskandidat nominiert worden war, landete er mit gut 20 Pro-

zent weit abgeschlagen hinter Erdogan auf dem zweiten Platz.

### Schlappe für die Opposition

Beobachter führten das schlechte Abschneiden von İhsanoğlu vor allem auf die für türkische Verhältnisse geringe Wahlbeteiligung zurück. Diese lag bei nur die 74 Prozent. Im Vergleich dazu: An der Kommunalwahl Ende März lag sie bei 89 Prozent. Aber Erdogan hat sicher nicht nur davon profitiert. Es ist ihm gelungen, über die eigene Basis hinaus auch Stimmen im rechten Lager zu holen. Dazu öffneten seine Anträge gegen Minderheiten wie die Armenier am Ende des Wahlkampfes beigetragen haben. Auch die betont nationalistischen Töne, die er in der letzten Woche vor der Wahl anstimmte, sind in den rechten Kreisen wohl gut angekommen.

Nach dem Wahlsieg brach er nach Ankara auf, wo er im Hauptquartier seiner «Partei für Gerechtigkeit und

Entwicklungs- (AKP) eine seiner berühmten «Halktoplusu» hielt: «Recep Tayyip Erdogan ist nicht der einzige Sieger dieser Wahl. Auch der nationale Wille hat gewonnen. Die Demokratie hat gewonnen. Die mich mögen und die mich nicht mögen, haben gewonnen. Alle 81 Provinzen haben gewonnen. Das gesamte Türkei hat gewonnen.»

### Lachender Dritter

«Lösungsprozess» ist in der Türkei das Codewort für den Friedensprozess mit den Kurden. Diese schickten mit Selahattin Demirtas erstmals einen eigenen Kandidaten ins Rennen. Neben Erdogan darf sich Demirtas durchaus ebenfalls als Sieger sehen. Er hat fast 10 Prozent der Stimmen erhalten. Das ist mehr, als die Umfragen vorausgesagt hatten. Zwar verlor er seinen Erfolg vor allem den Kurden. Es ist Demirtas aber auch gelungen, Wählerinnen und Wähler im linken und linksliberalen Spektrum der Türken anzusprechen.

## Luftangriffe der USA stoppen Jihadisten

Moral der Kämpfer gestärkt

fid. - Im Nordirak hat die amerikanische Luftwaffe den Siegesszug der sunnitischen Extremisten des Islamischen Staats (IS) vorläufig gestoppt. Dies stärkte die Moral der kurdischen Peschmurga-Kämpfer. Nach eigenen Angaben nahmen sie zwei Kleinstädte südwestlich der kurdischen Regionshauptstadt Erbil wieder ein. Tausende von jesischen Flüchtlingen, die sich in die Sinjar-Berge gestürzt hatten, kehrten völlig entkräftet in den Irak zurück. Mehrere Tausende infanterie noch im Gebirge eingeschlossen sein.  
International, Seite 2, 4

## Federer verpasst in Toronto den Titel

Final-Niederlage gegen Tsonga

jug. - Am Tennis-Turnier in Toronto hat Jo-Wilfried Tsonga im Final Roger Federer in zwei Sätzen geschlagen - 7,5, 7,6 (7,3). Obwohl der Fianone die Bilanz in den Direktbegegnungen damit bloss auf 5:11 verbessert, vermachte er den 45. Turniersieg und den 80. Turniertitel Federer zu verhindern. Trotz der Niederlage steht das aktuelle Rekordeiner vier Turniere in sieben Monaten zum letzten Jahr. Im ganzen 2013 hatte er bloss 45 Einzel-Siege erringt. Über Cincinnati peilt der Schweizer nun das US Open an (ab 25. August).  
Sport, Seite 28

## Zürich baut «goldene» Wohnungen

Strittiges Projekt der Stadt

swi. - Die Stadt Zürich wagt sich an die Überbauung des Tramdepot-Areals beim Usterer-Vyss-Platz. Dies ist zwar heutzutage, weil diese ambitionierte Projekte bisher gescheitert sind. Es erscheint aber auch als stossend, weil ein solches Projekt realisiert werden soll. Für die 100 Wohnungen dürfen Baukosten von knapp 100 Millionen Franken anfallen, was sich auf die Preise durchschlägt. So wird eine 4,5-Zimmer-Wohnung 2400 Franken monatlich kosten - klar mehr als in anderen städtischen Siedlungen.  
Zürich und Region, Seite 9

## WETTER

**Sonnige Abschnitte im Nachmittag**  
Im Norden am Vormittag stark bewölkt und in den Vorjahren und Alpen zum Teil Regen. Am Nachmittag im Flachland allgemein zunehmend sonnige Abschnitte bei Temperaturen bis 22 Grad. Alpensüdseite und Engadin: Aufhellungen abwechselnd mit dichten Wölfen. Einige Schauer.  
Seite 34

## BÖRSEN UND MÄRKTE

**Steigende Volatilität**  
Die geopolitischen Spannungen, die schwache Wirtschaftsentwicklung Europas und der Zahlungsausfall Argentiniens hinterlassen ihre Spuren.  
Seite 17

## INTERNATIONAL

**Krise in Libanon schweift weiter**

Seite 3

## INTERNATIONAL

**Kein Nachschub für Separatisten in Donezk**

Seite 3

## SCHWEIZ

**Der Kulturpflanze auf der Spur**

Seite 8

## ZÜRCHER KULTUR

**Theaterspektakel ohne Werner Hegglin**

Seite 11

## MEINUNG & DEBATE

**Zukunftsgangst in der Wohlstandsoase**

Seite 13

## WIRTSCHAFT

**Brasilians Willkür schadet der Schweiz**

Seite 16

## SPORT

**Die Grasshoppers sind weiterhin ohne Sieg**

Seite 27

## FRÜHLEITEN

**Kollektives Erinnern in Ypern**

Seite 31

## CAMPUS

**Neue Raumkonzepte als Zückerchen**

Seite 33

## Deutsch ist «geil»!



Deutsch als Fremdsprache erfährt sich weltweit wachsender Beliebtheit. Die besten Schüler der nationalen Vorrunden darben sich in Frankfurt in der Deutsch-Olympiade messen. Trotz dem weltweiten Deutsch-Boom kann indes nur eine Minderheit der Schüler abschweifen auf Deutsch plaudern.  
Bildung und Gesellschaft, Seite 36



Der Kanton Glarus als Pionier des Arbeitsrechts Seite 8

Der Herkunft der Kulturpflanzen auf der Spur Seite 8

Sterne der Menschlichkeit – Bundesrat lanciert Initiative Seite 8

Sozialhilfebezügler als Mieter unerwünscht Seite 8

# Sinnstiftende Phantasien einer Grossschweiz

Die skurrile Debatte über die Integration der Nachbarregionen sagt viel über die Stimmung beidseits der Grenze aus

Die Idee, das Schweizer Territorium mit einigen Provinzen und Bundesländern zu arondieren, ist populär – vor allem auch im Ausland. Das ist Balsam auf alte Wunden der Schweiz, deren Sendungsbewusstsein stetig wächst.

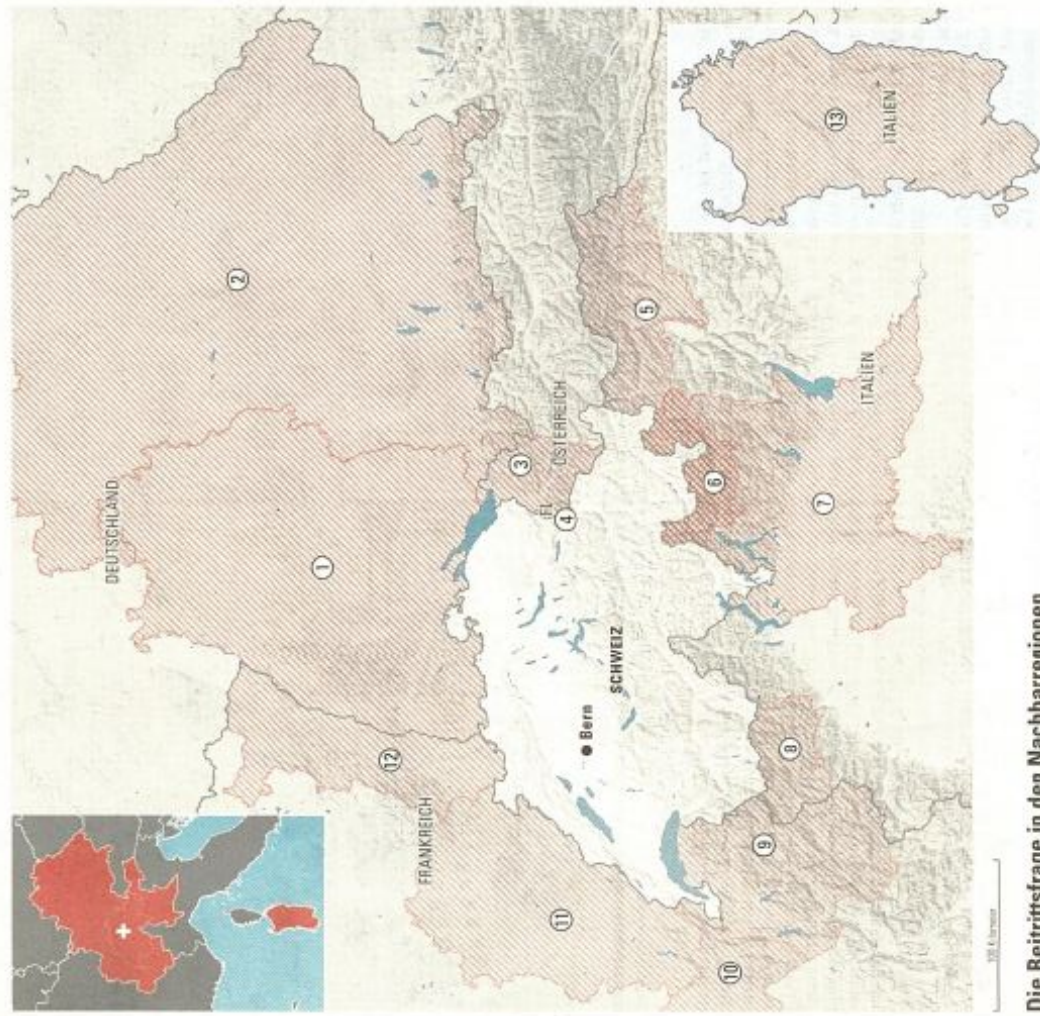
Simon Gempferli

Der Schweiz-Beitritt ist in vielen Ländern ein vogue. Umgekehrt gibt es hierzulande Bestrebungen, das eigene Territorium mit kompatiblen und EU-mitgliedenen Nachbarregionen (hohe Produktivität, wenig Arbeitslose usw.) abzurunden. Vor vier Jahren forderte eine Motion aus den Reihen der SVP den Bundesrat auf, den verfassungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, um Nachbarregionen möglichst unkompliziert als neue Kantone aufzunehmen zu können. Die Landesregierung befürchtete aber, in den Nachbarländern würde dies als «unfreundlicher politischer Akt» interpretiert.

Das mag für die Regierungen in den Hauptstädten gelten, aber nicht zwingend für die Bevölkerung und die lokalen Behörden. Dieses Bild vermitteln jedenfalls die zahlreichen medialen und politischen Inszenierungen der letzten Jahre, die entweder mit helvetischen Expansionsgelüsten kollektierten oder mit dem Frust der Nachbarvölker über die EU, die Zentralregierung, den Mezzogiorno oder den Midi.

## Freie Sicht aufs Mittelmeer

2012 forderten 20 000 Italiener in einer satirischen Online-Petition den Abschluss der Lombardei an die Schweiz. Die Aktion geht auf einen Spruch von Bundesrat Ueli Maurer gegenüber italienischen Journalisten zurück, wonach



Die Beitrittsfrage in den Nachbarregionen

Die Phantasien einer Grossschweiz haben hierzulande nicht nur einen beiläufigen, sondern auch einen sinnstiftenden Effekt. Die steigende Bevölkerung durch andere Nationen ist Balsam auf die Wunden eines Landes, das fiskalpolitisch am Pranger steht und in Europa einen eigenen Weg geht. Die amerikanische Kritik am Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ist nicht vergessen. Dem Aufruf des libyschen Diktators Ghadhafi, die Schweiz entlang den Sprachgrenzen in Stücke zu zerschlagen und diese auf die Nachbarländer zu verteilen, stehen heute die zahlreichen Avancen in eben-diesen Staaten, Teil der Schweiz zu werden, gegenüber.

## Sendungsbewusstsein

Den Eidgenossen geht ein gewisses Sendungsbewusstsein nicht ab. In der Begründung seiner Motion schrieb der ehemalige SVP-Nationalrat Dominique Baettig: Eine Verfassungsgrundlage für den Beitritt zur Schweiz sei ein politisches Zeichen, mit dem proaktiv für eine Erweiterung des Schweizer Souveränitätsmodells geworben werden solle. Den Nachbarn müsse die «Schweizer Demokratie der Nähe mit menschlichem Antlitz» ermöglicht werden.

Der Export des schweizerischen politischen Systems wird auch von der offiziellen Schweiz gefördert. Ständig werden ausländische Delegationen empfangen, welche die direkte Demokratie und den dezentralen Staatsaufbau studieren. Experten im Auftrag des Auswärtigen Amtes erklären den Behörden im Südsudan vor Ort, wie der Föderalismus funktioniert. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen versucht, anderen Staaten oder Organisationen das Konzept der Schuldenbremse näherzubringen. Und das Exportprodukt «duale Berufsbildung» erfährt sich im Ausland zunehmender Beliebtheit.

die Eingliederung der Lombardei angesichts der engen Wirtschaftsbeziehungen kein Problem sei. Der Präsident des Regionalparlaments liess sich darauf mit der Aussage «schön war» zitieren. Das findet auch eine Gruppe von Sardegnen, die im Februar dieses Jahres die Bewegung «Canton Marittimo» gründeten. Auf der Homepage werden der Schweizerfranken und der föderalistische Staatsaufbau gepriesen.

Wie «20 Minuten» kürzlich berichtete, wird in Südtirol der Versuch gestartet, der Schweiz beizutreten. Verdächtig erschien der Zeitung der Titel des Global Forum Südtirol im kommenden Oktober: «Kanton Südtirol – Utopie oder Modell?». Für die «Weltwoche» steht im Übrigen ausser Frage, dass die Nachbarregionen der Schweiz beitreten würden, wenn sie denn könnten. Um dies zu beweisen, gab sie vor vier Jahren eine computergesteuerte Meinungsumfrage in Auftrag, die in allen Regionen eine nicht überwältigende, aber klare beäurwortende Mehrheit ergab.

## Schweiz als Projektionsfläche

Die Liste der Nachbarprovinzen mit integrationsfreundlichen Bewegungen ist lang. Jede Petition, jede Umfrage und jede Gründung einer helvetophilen Bewegung findet in den europäischen Medien ihren Niederschlag. Die Schweiz wird dabei meist als Modellstaat erklärt. Der Zentralstaat in Bern hält die Kantone allerdings auch an der kurzen Leine. Diese haben, anders als die Gemeinden in Liechtenstein, keine Möglichkeit, sich durch einen demokratischen Entscheid einem fremden Staat anzuschliessen oder einen solchen zu gründen.

Die Schweiz dient den angeblichen Separatisten primär als Kontrastmittel für die Kritik am eigenen Land. Im schweizerischen Parlament, heisst es in einem Manifest des «Canton Marit-

### 1 Baden-Württemberg

Die «Schwäbische Zeitung» will erreicht haben, dass 88 Prozent ihrer Leser genau Schweiz-Bericht beifürworten. Das wirtschaftlich potente Bundesland wäre vermutlich auch innerhalb einer «Grossschwaiz» ein Netzzähler, aber nicht mehr so stark wie heute in Deutschland. Ungünstig stehen die Zürcher den Schwaben ohnehin näher als den Bayern.

### 2 Bayern

«Bayern passt besser zur Schweiz als zu Deutschland», urteilte die «Welt» im Juni 2008. Die Zeitung stürzte sich auf einen OECD-Vergleich der Regionen Europas.

### 3 Voralberg

1919 sprachen sich in einer Volksabstimmung 82 Prozent der Bevölkerung für den Beitritt zur Schweiz aus. Das Vorhaben scheiterte ausser am Widerstand der Romanen und der Schweizer Reformierten. Neuste Umfragen melden eine Beitritts-Bereitschaft der Voralberger, allerdings wird die Mehrheit in Zweifel gezogen.

### 4 Liechtenstein

Die Monarchie als Staatsform wurde in mehreren Volksabstimmungen von einer grossen Mehrheit der Stimmberechtigten bestätigt, ein Beitritt zur Eidgenossenschaft ist allein deshalb nicht möglich. Die lichtensteimische Verfassung lautet

«... gebe es keine Berufspolitiker. Und das Mouvement Franche-Comté verspricht sich von einem Beitritt zur Schweiz eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent. Sehr populär ist die direkte Demokratie. Gemäss der «Weltwoche»-Umfrage möchten 80 Prozent der Lombarden das Instrument der Volksinitiative einführen. Nicht immer sind die Meinungen so differenziert: «Hauptsache, weg von Italiens», meinte ein Politiker in Südtirol im jüngsten Sezessions-Sommertheater.

Die nicht immer ganz repräsentativen und im vollen Ernst gemachten

den Gemeinden das Recht ein, sich durch einen demokratischen Entscheid vom Fürstentum abzuspalten.

### 5 Südtirol

Der jüngste Versuch, Südtirol zur Sezession zu bewegen, ging im Juli von der Schweiz, konkret von der Zeitung «20 Minuten», aus. Innerhalb findet im Oktober in Bozen ein internationaler Kongress statt. Thema: Das Erfolgsmodell Schweiz und der Kanton Südtirol.

### 6 Veltlin

Napoleon und der Wiener Kongress beendeten die 300-jährige Herrschaft der Bündner. In der Geschichte: Die reformierten Bündner verhandeln die Aufnahme des Veltlins in die Schweiz.

### 7 Lombardei

Die Eidgenossen gehen hier seit dem 15. Jahrhundert ein und aus. In den Hochburgen der Lega Nord haben sich mehrere Blügemeister für einen Schweiz-Beitritt ausgesprochen. Die Achse Lombard-Schweiz-Süddeutschland stellt die potenteste Wirtschaftsregion Europas dar.

### 8 Aostatal

Die ursprünglich zu Savoyen gehörende, unter dem Faschismus italienisierte Region hätte sich schon immer gerne von Rom losgemacht. Den Schweiz-Beitritt des Tals zum Thema gemacht hat bisher aber nur die SVP.

Äusserungen decken sich mit den Ergebnissen der Image-Forschung, die das Aussendepartement seit Jahren betreibt. Im Nation-Brands-Index, der das Image von 50 Ländern vergleicht, belegt die Schweiz bei den Themen Wirtschaftsstandort und Regierungsführung («Kompetenz und Integrität der Regierung», «Faire Behandlung der Bürger und Respektierung ihrer Rechte») einen Spitzenplatz.

Am schlechtesten schneidet die Schweiz bei «Kultur und Sport» ab – Themen, die für einen Beitrittsentscheid zur Schweiz offenbar wenig rele-

### 9 Savoyen

Patricio Abeille, der Generalsekretär der Ligue savoisienne, bezeichnet Savoyen als eine «geschätzte Schweiz», den Anschluss an die Schweiz als eine Option.

### 10 AIn

Bisher ist keine separatistische Bewegung in Erscheinung getreten, auch keine humanistische. Viele Einwohner dieses Département arbeiten ohnehin schon in Gené.

### 11 Franche-Comté

Das Mouvement Franche-Comté strebt den Beitritt zur Schweiz als 27. Kanton an. Eine wechselläufige Geschichte verbindet die Region seit dem Mittelalter eng mit der Eidgenossenschaft.

### 12 Elsass

Man kennt sich: Die Stadt Mülhausen war drei Jahrhunderte lang ein Zugewandter Ort der Eidgenossenschaft, bis es 1798 von Paris einverleibt wurde. Bis jetzt sind keine nennenswerten Sezessionsbestrebungen zu verzeichnen.

### 13 Sardinien

Dem Projekt «Canton Marittimo» hat sich im Internet eine fünfstellige Zahl von Sarden angeschlossen. Anders als bei den meisten Nachbarregionen ist die Wirtschaftsstruktur der autonomen italienischen Region nicht mit der schweizerischen vergleichbar.

NZ | 16.03.2008 | 147

vant sind. Jedenfalls sind sie in den Abertausenden von Internet-Kommentaren kaum je Thema. Dasselbe gilt für die Komponenten, die gemäss Erhebungen das negative Image der Schweiz im Ausland prägen, vom Bankgeheimnis bis zum weltweit verfolgten «Taschengate» um Oprah Winfrey.

Die Beitrittsperspektive, und sei sie noch so unrealistisch, verändert offenbar die Wahrnehmung. Vielleicht ist das der Grund, weshalb die SVP seit über zwei Jahrzehnten den Rückzug des gegenstandslos gewordenen EU-Beitritts-Gesuchs fordert.

Wären die Schweizerinnen und Schweizer tatsächlich bereit, abtrünnige Provinzen aufzunehmen? Mit Blick auf die Geschichte des Landes sind Zweifel angebracht: Die Schweiz wäre heute viel grösser, hätte nicht ständig eine Konfession oder eine Sprachgruppe einen zusätzlichen Kanton verhindert. Bei einer konsequenten Aufnahmepolitik würde Voralberg heute ebenso zur Schweiz gehören wie das Veltlin.

## Beziehungen nicht konfliktfrei

Das von der grössten Partei unterbreitete Angebot, der Schweiz beizutreten, ist aus einem weiteren Grund zu hinterfragen. Trotz allgemein guten Beziehungen hat die Schweiz mit den meisten der angrenzenden Regionen auch ernsthafte Probleme. Eine Ausnahme ist Liechtenstein, das in währungs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Art monarchistischer Kanton darstellt, der noch ein Bein in EWR hat.

Fast unmöglich erscheint es, die Aufnahme von Nachbarregionen und den Entscheid des Stimmvolks, die Zustimmung zu bremsen, unter einen Hut zu bringen. Die Abrundung des Schweizer Territoriums durch die angrenzenden Provinzen und Bundesländer würde zu einer Bevölkerung von rund 40 Millionen führen, die sich nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern generell frei bewegen könnten.

Die Perspektive einer Grossschweiz löst auch die Fixierung auf die kleinteiligen Konflikte mit den Nachbarn. Mit einem Kanton Elsass müsste man nicht darüber streiten, wer im schweizerischen Sektor des Basler Euro-Airports Steuern eintreiben darf. Im Kanton Schwabenland gälte wieder ein vernünftiges Flugregime. Und der Kanton Lombardei würde als wichtigster Handelspartner Italiens durchsetzen, dass Rom die Grossschweiz von den schwarzen Listen streicht.